Morgen-Ausgabe

Einzelpreis 10 Pfennig

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

In ganz Halle die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Jahrgang 224 — Nr. 66 a

Bezugspreis: monatlich 2 G.-M., bei 2maliger Zustellung 2,50 G.-M., ausschließlich Zustellungsgebühr. — Bestellungen nehmen amtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen. — Höhere Gewalt entbindet den Verlag von Schadenersatz. Zeitungsabbestellungen werden nur bis zum 25. des Vormonates angenommen.

Halle-Saale

Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile 15 Pfennig. Kleine Anzeigen 8 Pfennig. Familien-Anzeigen 6 Pfennig. Stellengesuche 5 Pfennig. Die 5 gespaltene 90 mm breite Reklame-Millimeterzeile 70 Pfg. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale. Für Platzvorschriften u. telephonisch übermittelte Inserate übernehmen wir keine Garantie

Geschäftsstelle Halle-Saale, Leipziger Straße 61/62. — Fernruf Zentrale 27 801, abends von 7 Uhr an Redaktion 25 609 u. 25610 — Postscheckkonto Leipzig 20 512.

Sonnabend, 19. März 1927

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290 Eigene Berliner Schriftleitung — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Die innerpolitische Debatte im Reichstag

Neue Erklärungen von Keudell

Berlin, 18. März. Vizepräsident **Graef**-Thüringen eröffnet die Sitzung um 1 Uhr, und teilt mit, daß der Reichstag dem Reichswehrminister Dr. **Geßler** anläßlich des Ablebens seines Sohnes seine Teilnahme ausgesprochen habe. Die 2. Lesung des Haushalts des **Reichsministeriums des Innern** wird dann fortgesetzt.

Abg. **Geschke** (Komm.) wendet sich gegen den neuen Reichsinnenminister und beantragt, ihm das Gehalt zu streichen. Es sei bezeichnend, daß der Reichsbannerkamerad **Marx** diesem Manne die Steigbügel gehalten habe. Herr von Keudell erzieht die unteren Polizeibeamten bewußt zur Knechtung der Arbeiterschaft. „Sein starker Arm" zeige nach rechts ganzseitige Lähmung. (Heiterkeit.) Wenn man schon Titel wieder einführen wollte, dann könnte man vielleicht bei der schwarzen Reichswehr den Titel „Geheimer Umlegungsrat" verleihen.

Abg. **Koch**-Weser (Dem.) betont, daß das deutsche Volk seine Einheit in der Republik treuer bewahrt habe, als sonst nach verlorenen Kriegen die Fürsten. Energisch sei es unter unpopulärsten Maßnahmen an seinen Wiederaufbau herangegangen. Wenn freudige Mitarbeit am Staate erzielt werden solle, müsse die Jugend die neue Staatsform als ein Ideal empfinden lernen. Das Zweiparteiensystem, wie es unter der jetzigen Regierung droße, sei für Deutschland verhängnisvoll. Nicht im Zeichen des Gegensatzes, nur im Zeichen des Ausgleichs könne im zerrissenen Deutschland Politik gemacht werden. Den Ausführungen des Ministers über die Souveränität der Länder stehe die Reichsverfassung entgegen. Aufgabe des Ministers sei es, erst einmal seine eigene Souveränität zu stabilisieren.

Einen gesunden Föderalismus habe es nie gegeben, nur einen tausendjährigen Partikularismus, der es dem Einheitsstaat ermöglicht habe, bis an den Rhein vorzudringen. Der Redner behandelt dann die **Groß-Hamburg-Frage.** Hamburg müsse haben, was es als Deutschlands größtes Schiffahrtstor brauche. Ein wirtschaftliches Wettrüsten an der Unterelbe sei Unsinn. Die Vermittlung des Reiches dürfe nicht abgelehnt werden. Er begründet weiter den Antrag, an die Stelle der **Staatsangehörigkeit** die **Reichsangehörigkeit** zu setzen, und fordert die Freizügigkeit der Anwälte, sowie ein Gesetz über die gleichmäßige Ausbildung der Juristen. Die Kämpfe, die jetzt zur Ausplünderung der Reichsfinanzen unternommen würden, seien nicht föderalistisch, sondern partikularistisch und egoistisch. Der Redner protestierte dagegen, daß der **partikularistische Finanzausgleich** zwischen den Parteien vereinbart worden sei, damit sich die Bayrische Volkspartei mit der Regierungsbildung einverstanden erklärte. Zur Vorbereitung des Anschlusses Oesterreichs müsse mehr und mehr dazu übergegangen werden, die Gesetzgebungen einander anzugleichen. Auch die geforderte Minderheitsgesetzgebung müsse endlich durchgeführt werden. Auf dem Gebiete der Verwaltungsreform werde ohne Unitarismus keine großzügige Arbeit gemacht werden können. An der politischen Haltung der Beamtenschaft sei noch vieles zu bessern.

Abg. **Petzold** (W. Ver.) erklärt, die ungünstige Finanzlage des Reiches mache es unmöglich, den Forderungen der verschiedenen Parteien auf Erhöhung der Ausgaben zuzustimmen. Größere Aufwendungen seien freilich notwendig zu Gunsten der notleidenden Jungsteher und des Jugendherbergswesens.

Abg. **Leicht** (Z. B. P..) beklagt es, daß der Minister sich für die **staatliche Eigenpersönlichkeit der Länder** ausgesprochen hat. Der preußische Ministerpräsident Braun betone sehr nachdrücklich die staatliche Eigenpersönlichkeit Preußens, besonders in der Groß-Hamburg-Frage. Auch Bayern muß Achtung vor seinem staatlichen Eigenleben verlangen. Wir bekennen uns zum Staat, wir Bayern zum bayrischen Staat und zum Deutschen Reich. Wer die Aenderung der Staatsform auf verfassungsmäßigem Wege erstrebt, ist deshalb noch kein Verfassungsbrecher.

Abg. **Martin** (Dntl.) führt Beschwerde über den schlesischen Rundfunk, der linksgerichtete, politische Tendenzen zeige. Der Redner verweist auf die geschmacklose Reklame mancher Kinos und warnt die Sport-Vereine davor, sich auf die Heranbildung von „Sportkanonen" zu verlegen.

Abg. **Wallraf** (Dntl.) tritt für verstärkten Naturschutz ein und erbittet einen Beschlußantrag für den Naturschutzverein in Stuttgart.

Abg. Dr. **Runkel** (D. V. P.) stellt fest, daß die für Kulturinteressen ausgesetzten Summen in keinem Verhältnis zu der Wichtigkeit dieser Fragen stünden. Das Reich habe die Verpflichtung der Kulturdenkmalspflege und der Kulturdenkmalserhaltung. Vor allem der Studentenhilfe müsse durchgreifende Förderung gewährt werden. Hoch wichtig sei der Bau von Studentenhäusern.

Abg. **von Ramin** (Völk.) stellt fest, daß seine politischen Freunde zu dem heutigen Staat und dem heutigen System nach wie vor in entschiedener Opposition stehen. Aufgabe der Völkischen sei es, eine Aenderung der Staatsform vorzubereiten. **Der Parlamentarismus habe abgewirtschaftet.** Die Partei der Nichtwähler wachse von Tag zu Tag.

Minister von Keudell

stellt gegenüber sozialdemokratischen Angriffen fest, daß er zu seinen Worten im Ausschuß ebenso stehe, wie zu denen im Plenum. Ohne Formulierungen komme man nicht aus. Sie drückten allerdings die Gefahr, daß man sich auseinanderredete, was den Staat nicht stärke. Außerdem sei übertriebenes Formulieren ein Zeichen von Schwäche. Welche Bestimmungen des Republik-Schutzgesetzes aufrechterhalten werden sollen, wird zurzeit im Reichsjustizministerium geprüft. (Zuruf links: „Und Ihre Ansichten?") Damit halte ich bis zum Abschluß dieser Prüfung zurück. Die Rückkehr des Kaisers ist nicht akut. Wir werden dazu bei der Verlängerung des Republik-Schutzgesetzes Stellung nehmen. Die Beschleunigung der Einbringung des Ministerpensionsgesetzes liegt der Reichsregierung sehr am Herzen. Der Entwurf über die Arbeitszeit der Beamten bezieht sich nur auf die Hoheitsverwaltungen. Darüber sind noch Verhandlungen mit anderen Ministerien erforderlich. Richtlinien über Befähigung und Einstellung von Beamten werden demnächst das Kabinett beschäftigen. Das provozierende Tragen von Abzeichen durch Beamte im Verkehr mit dem Publikum ist untersagt. Der Postminister hat überhaupt politische Abzeichen untersagt. (Zuruf links: „Und der Innenminister?") teilt Ihnen mit, was der Postminister veranlaßt hat. (Gelächter links.)

Zur Frage der Titel und Orden kann ich mich mit Rücksicht auf schwebende Verhandlungen mit den Ländern nicht äußern. Konkordatsverhandlungen haben anläßlich der Regierungsneubildung nicht stattgefunden. Die Ressorts prüfen die Frage, aber zu irgendwelchen Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl ist es noch nicht gekommen. Ueber das Privatschulwesen sind einheitliche Vereinbarungen mit den Ländern getroffen worden. Soweit die Zustimmung sämtlicher Länder erfolgt ist, werden sie dem Reichstag vorgelegt. Das Entschädigungsgesetz ist inzwischen fertiggestellt. Es soll eine erschöpfende Regelung bringen. Seine baldige Durchführung wird angestrebt. In den letzten Tagen wird der Entwurf dem Kabinett vorgelegt. Am 1. April sollen noch einmal Kinder in die unterste Klassen der Privatschulen aufgenommen werden können. Verwaltungsreform und Abbau sind eine besonders wichtige Pflicht des Innenministers, die möglichst bald zum Abschluß kommen muß. Für Vereinheitlichung der akademischen Berechtigungen will ich gern sorgen, ebenso für die Reform des höheren Schulwesens. Das Problem der Staatsangehörigkeit ist völlig befriedigend nur international zu lösen. Selbstverständlichkeiten, wie die Reichseinheit, habe ich nicht allzu ausführlich behandeln wollen. Ich konnte aber nicht zugeben, daß die Länder ihre Einzelstaatlichkeit verloren hätten. Der Minister verwirft dann auf Bilder, die die Kommunisten auf den Tisch des Hauses niedergelegt haben, und die seine Verbindung mit verbotenen Organisationen beweisen sollen. Diese Bilder, so erklärt der Minister mit erhobener Stimme, sind Fälschungen. Auf dem einen Bilde sind künstlich zwei Scharfschützen hineingearbeitet worden. (Lebhaftes Hört, Hört!)

Darauf werden die Beratungen abgebrochen und auf Sonnabend 12 Uhr vertagt. Schluß 8.15 Uhr.

Preußischer Landtag

Berlin, 18. März. In einer Erklärung außerhalb der Tagesordnung wendet sich Abg. **Boes** (Dntl.) gegen ihn vom Abg. Müller-Frankfurt (Komm.) gemachten unwahren Vorwürfe über angebliche schlechte Behandlung eines Landarbeiters und bezeichnet diese unter dem Schutz der Immunität gemachten Ausführungen Müller-Frankfurt als „feige und gemeine Verleumdung." (Präsident Bartels: weist diese Ausdrucksweise zurück.) Dann wird die Kulturdebatte mit weiteren allgemeinen Aussprachen fortgesetzt.

Abg. Frau **Stoffels** (Zentr.) setzt sich für die Interessen der Lehrerinnen ein und wünscht besonders Vermehrung der Fortbildungsmöglichkeiten auch für Jungsteherinnen sowie die Einführung eines 9. Schuljahres für Mädchen.

Abg. **Bauermann** (D. V. P.) erklärt, der Minister habe zugeben müssen, daß **keine Besserung auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt erfolgt sei.** Dem guten Willen des Ministers fehle oft jahrelang die Tat. Bedauerlich sei die Behandlung des Lehrerstandes durch den Erlaß über ihre politische Betätigung. Der Redner legt Verwahrung ein gegen die teilweise Preisgabe der Staatsschulen durch den Minister in seiner Rede am Mittwoch. Die volksparteiliche Fraktion werde weiterhin die Staatsschule verteidigen.

Abg. **Pressel** (W. V.) wendet sich gegen die Verletzung der Rechte einer konfessionellen Schule in Hannover-Linden, deren Klassen bis auf vier nach und nach herausgelegt worden seien, so daß jetzt die Gefahr bestehe, daß diese Schule verschwinde. Der Redner bittet den Minister, diese Angelegenheit nochmals nachzuprüfen.

Abg. **Stock** (Völk.) bedauert, daß auf kulturellem Gebiet offenbar der Osten dem Westen gegenüber benachteiligt werde. Als Ultimoratio sei die Prügelstrafe vorläufig beibehalten. (Widerspruch links.) Der Erlaß gegen die politische Betätigung der Lehrer sei verfassungswidrig.

Abg. **Kilian** (Komm.) fordert Beseitigung der Prügelstrafe in den Volksschulen.

Im weiteren Verlauf der Landtagssitzung ist die Beratung des 2. Abschnittes über Provinzialschul-Kollegie — höhere Lehranstalten und Turnwesen. In Verbindung werden behandelt die deutschnationalen Anträge auf sofortige Durchführung der vollen Schulstellung bei den Philologen, Gleichstellung der Philologen und Juristen in den Aufrücks- und Beförderungsverhältnissen sowie die Unterbringung des Kaiser-Wilhelm-Gymnasiums in Aachen. Ein Regierungsvertreter bedauert in Beantwortung der volksparteilichen Anfrage über das Vorgehen der Stadt Berlin gegen Privatschulen die Entschließung des Magistrats, im Laufe des Rechnungsjahres vier Privatlyzeen die bisher gegebenen Zuschüsse zu entziehen, da ein öffentliches Interesse nicht mehr anerkannt werde. Die Entscheidung dieser Frage müsse dem Staat vorbehalten bleiben. Das Provinzialschulkollegium sei mit der Prüfung beauftragt, ob ein öffentliches Bedürfnis vorliege. Zwangsmittel gegen die Stadt Berlin ständen dem Staat nicht zur Verfügung.

In der allgemeinen Aussprache erklärt Dr. **Weisemann** (Dn.) die Reform von 1924 habe zu einer schweren Ueberbürdung von Lehrern und Schülern geführt. **Die Deutschnationale Partei lehne den neuen, preußischen Humanismus ab,** hinter dem der Paneuropäismus spuke. Mit dem Ministerialerlaß vom Januar 1927 werde der Erhaltung des nationalen Gedankens ein schwerer Riegel vorgeschoben. Die Demokratie betreibe die schlimmste Zwangswirtschaft auf geistig kulturellem Gebiete. Diese Zwangswirtschaft bestehe auch bei der ministeriellen Personalpolitik. Die Stellenbesetzung lediglich im Sinn der Weimarer Koalition verletze die Reichsverfassung. In der Paritätsfrage treibe das Ministerium eine Vertuschungspolitik. Die evangelische Bevölkerung in Essen habe an einem preußischen Ministerwort zweifeln gelernt. Sie erwarte demnach die Einlösung des gegebenen Ministerwortes.

Abg. **Grebe** (Zentr.) fordert Erhöhung der Zuschüsse für die nicht staatlichen höheren Lehranstalten.

Abg. Dr. **Steffens** (D. Vp.) fordert größere Zuschüsse seitens des Staates für die Städte, damit diese mehr für das höhere Schulwesen tun könnten. Die Erhöhung des Schulgeldes habe sich sehr bedenklich ausgewirkt. Die höheren Schulen dürften nicht Standesschulen der Reichen werden. Dringend notwendig sei, daß ein guter Teil der Schüler durch das humanistische Gymnasium hindurchgehe. Jeder Verdächtigung des humanistischen Gymnasiums müsse entgegengetreten werden. (Sehr richtig rechts!) Der Redner hält dem Kultusminister vor, daß bei Anstellungen immer wieder nach der republikanischen Gesinnung gefragt wird. Das sei Männern gegenüber, die ihren Amtseid geleistet haben, einfach eine Beleidigung. (Sehr richtig! rechts. — Zurufe links.)

Die Weiterberatung wird auf Sonnabend 10 Uhr **vertagt.**

Der bayerische Finanzminister über den Finanzausgleich

München, 18. März. Im Verfassungsausschuß des bayrischen Landtages erklärte Finanzminister **Krausneck** anläßlich der Weiterberatung der Gemeinde-Ordnung, er bitte, nicht außer Acht zu lassen, daß man sehr bald darüber Klarheit bekommen werde, daß Bayern nur unter Zurückstellung wichtiger Staatsbedürfnisse sein Budget werde ausgleichen können. Es habe auf Grund des Finanzausgleichs vom Reich nicht die Mittel erhalten, die es notwendig brauche, um seine Staatsaufgaben einigermaßen befriedigend erfüllen zu können. Es werde seine gesamten Bedürfnisse auf das alleräußerste einschränken müssen, um zu einer Ausgleichung des Budgets zu gelangen. Ein Defizit dürfe diesmal nicht wieder in Erscheinung treten.

Die Einnahmen des Reiches im Februar

Berlin, 18. März. Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht eine Uebersicht über die Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben für die Zeit vom 1. April 1926 bis 28. Februar 1927. Danach gingen ein: an fortdauernden Besitz- und Verkehrssteuern im Februar 575 996 042 Reichsmark, vom 1. April 1926 bis 28. Februar 1927 4 360 494 391 Reichsmark (für das Rechnungsjahr 1926 veranschlagt auf 4 Milliarden, 476 000 000). Davon kamen an Einkommensteuern auf im Februar 180 020 143 Mark, vom 1. April 1926 bis 28. Februar 1927 2 124 928 861 Reichsmark (2 100 000 000). An einmaligen Besitz- und Verkehrssteuern nahm das Reich ein im Februar 2 533 793 Reichsmark, vom 1. April 1926 bis 28. Februar 1927 45 919 921 Reichsmark (80 Millionen). Im ganzen sind an Besitz- und Verkehrssteuern aufgekommen: im Februar 378 529 835, vom 1. April 1926 bis 28. Februar 1927 4 406 414 311 (4 506 000 000) Reichsmark. An Zöllen und Verbrauchsabgaben wurden eingenommen im Februar 196 531 050 Reichsmark, vom 1. April 1926 bis 28. Februar 1927 2 225 219 947 Reichsmark (1 959 300 000) Reichsmark. Der Mehrertrag aus Steuern, Zöllen und Abgaben betrug im Februar 575 066 004 Reichsmark, vom 1. April 1926 bis 28. Februar 1927 6 631 854 827 Reichsmark (6 685 138 792 Mark).

Neuer Gewaltstreich des Memeler Kriegskommandanten

Memel, 18. März. Im Laufe des Donnerstag erschien im Bureau der Memelländischen Volkspartei der Adjutant des Memeler Kriegskommandanten in Begleitung von zwei Kriminalbeamten, und beschlagnahmte ein vervielfältigtes, an die Vertrauensleute der Partei gerichtetes Rundschreiben. Wie die Telegraphen-Union erfährt, handelt es sich hierbei um die Mitteilung eines von der Partei beschlossenen Protestes gegen die Verschiebung der Landtagswahlen und gegen die Wahlberechtigung von großlitauischen Bürgern. Dieser Protest war seinerzeit auch der Presse zur Veröffentlichung übergeben, von der Zensur jedoch gestrichen worden. Für die Rechtmäßigkeit der Beschlagnahme sind nach den bestehenden Gesetzen keine Unterlagen vorhanden. Die Beschlagnahme muß vielmehr als eine unstatthafte Wahlbeeinflussung bezeichnet werden.

Nanking gefallen?

Riga, 18. März. **Nach Meldungen aus Moskau soll Nanking bereits von den Kantontruppen erobert worden sein. Eine offizielle Bestätigung dieser Nachricht liegt aber noch nicht vor.**

In Beantwortung des amerikanischen Protestes wegen Beschießung eines amerikanischen Kriegsschiffes durch die Kantonflotte hat sich die Nationalregierung zum Schadenersatz bereiterklärt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192703192-10/fragment/page=0001

Ein amerikanisches Memorandum zur Abrüstungsfrage

Genf, 17. März. Die amerikanische Delegation bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen veröffentlicht heute ein Memorandum, in dem der Standpunkt der amerikanischen Regierung zu den Vorschlägen der Unterkommission der vorbereitenden Abrüstungskommission über die wirtschaftlichen Abrüstungsmaßnahmen dargelegt wird. In dem Memorandum wird u. a. betont, daß die Vorschläge nur als Auffassung einer Gruppe von einzelnen Persönlichkeiten bewertet werden könnten. Ferner erklärt die amerikanische Regierung, daß sie niemals einer internationalen Kontrolle der nationalen Rüstungsindustrie zustimmen werde. Weiter heißt es in dem Memorandum, der Standpunkt der gemischten Unterkommission über gänzliche Abschaffung der Produktion von Giftgasen sei unannehmbar, ebenso wie der Standpunkt der Unterkommission über die Bedeutung der internationalen Hilfskräfte eines Landes in Kriegszeiten nicht anerkannt werden könne. Zum Schluß erklärt die amerikanische Regierung, sie sei der Ansicht, daß das Problem der Land- und Luftabrüstung geeignet sei, durch besondere regionale Abrüstungsabkommen zwischen den benachbarten Staaten gelöst zu werden. Das Memorandum wird der vorbereitenden Abrüstungskommission vorliegen.

Das Echo der amerikanischen Presse zum Mellon-Brief

New-York, 18. März. Der Präsident der Princeton-Universität hat den Brief des Staatssekretärs Mellon mit einem neuen Schreiben beantwortet, in dem er das Hauptgewicht darauf legt, daß Mellon in seinem Brief die deutschen Reparationszahlungen und die interalliierten Schulden in Zusammenhang brächte. Während die republikanische Presse mit dem „New-York Herald" an der Spitze Mellons Brief begrüßt, da er die Professoren zurecht gewiesen habe, üben die demokratischen Blätter, vor allem die „New-York World" und die „New-York Times" starke Kritik an Mellons Ausführungen. Die „New-York World" meint, den Franzosen sei nun das Stichwort gegeben, denn sie könnten nun fragen, was geschehen solle, wenn Deutschland seinen Daweswerpflichtungen nicht mehr nachkommen könne. Die „New-York Times" meinen, Mellon habe bewiesen, daß Deutschland noch für Generationen hinaus bezahlen müsse. Aber wenn es unzieemlich für Frankreich sei, 62 Jahre lang an Amerika zu zahlen, so müsse dasselbe auch für Deutschland gelten. Nach Mellon gäbe es künftig nur eine Gläubiger- und eine Schuldnernation, nämlich Amerika und Deutschland. Das könnte zu Komplikationen führen, an die nicht nur Volkswirtschaftler und Professoren, sondern auch vernünftige Bankiers und Geschäftsleute mit Schrecken dächten. Die Frage, wie das Schuldenproblem gelöst werden könnte, ohne Amerika zu behindern, bleibe immer noch ungelöst. Die Lösung dieser Frage sei jedoch mit der Zeit nicht zu umgehen.

Coolidge lehnt die Wiederwahl ab?

Newyork, 17. März. Washingtoner Meldungen stellen in Aussicht, daß Präsident Coolidge eine Nominierung für die Präsidentschaftswahlen im Jahre 1928 ablehnen wird. Der Republikaner Dawes und der Demokrat Smith würden danach die Favoriten für den Präsidentschaftsposten sein.

Rußland fordert sofortige Freilassung der Frau Borodin

London, 17. März. Wie aus Peking berichtet wird, hat die russische Regierung in einer neuen Note die sofortige Freilassung der Frau Borodin, der drei diplomatischen Kuriere und des russischen Dampfers „Pamiat Lenina" gefordert. In der Note wird betont, die Prüfung aller Umstände habe ergeben, daß zwei frühere Durchsuchungen des Dampfers keine belastenden Momente ergeben hätten, trotzdem die Mappen der diplomatischen Kuriere unter Verletzung der internationalen Bestimmungen geöffnet worden seien. Die belastenden Papiere seien vielmehr Fälschungen.

Sowjetrussische Spionageorganisation in der Schweiz?

Paris, 17. März. Wie der amtliche französische Funkspruch aus Bern meldet, ist die Schweizer Staatspolizei einer weitverbreiteten sowjetrussischen Spionage-Organisation in Bern, Basel, Zürich und Genf auf die Spur gekommen.

Höchstspannung im Osten

Polen will Kowno besetzen

Berlin, 18. März. Aus Moskau liegen Nachrichten vor, die vielleicht den ersten Anstoß zu den ernsten politischen Verwicklungen geben können, die in allen diplomatischen Kreisen Europas im Osten befürchtet werden. Die Sowjetregierung hat amtlich behauptet, sichere Nachrichten aus den Randstaaten zu haben, wonach die polnische Regierung der litauischen Regierung ein Ultimatum überreichen und bestimmte Forderungen in den bekannten Gegensätzen zwischen Litauen und Polen anmelden werde. Es handelt sich dabei vor allem um die Anerkennung des polnischen Anspruchs auf Wilna und um die Frage eines polnisch-litauischen Zusammengehens gegenüber Rußland. Nach den russischen Nachrichten soll die polnische Regierung die Absicht haben, in Litauen mit Streitkräften, die angeblich schon an der Grenze gesammelt werden, einzumarschieren und Kowno zu besetzen, und zwar soll angeblich dieser Einmarsch für die allernächsten Tage schon beabsichtigt sein.

Noch keine offizielle Bestätigung

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 18. März. Die seit einigen Tagen im Umlauf befindlichen Gerüchte, daß von polnischer Seite aus ein Einmarsch in Litauen vorbereitet wird, sind auch in Berliner diplomatischen Kreisen durchaus ernst genommen worden. Besondere Meldungen liegen allerdings zurzeit noch nicht vor, welche die Nachricht bestätigen würden, daß dieser polnische Vorstoß bereits am Geburtstage Pilsudskis (am 19. März) durchgeführt werden soll. Immerhin scheint im nahen Osten irgend etwas besonderes in der Luft zu liegen, so daß man wohl in der nächsten Zeit mehr als bisher Anlaß dazu haben wird, unser Augenmerk auf die Ostvorgänge zu richten.

Berlin, 18. März. Nicht gerade aus heiterem Himmel kommen die Nachrichten, daß die Spannung zwischen Polen und Litauen allerschärfste Formen angenommen hat, und daß Polen sich rüstet, in das kleine Nachbarland, dem es bereits einmal durch einen Handstreich Wilna raubte, einzufallen. Marschall Pilsudski, der ehemalige Sozialist und jetzt militaristische Diktator, scheint eine besondere Namenstagsfeier vorzubereiten, indem er seine Truppen an der polnisch-litauischen Grenze zum Einfall bereits aufmarschieren läßt. Kommt es tatsächlich zu diesem Einfall, so fliegt damit ein Funke in ein Pulverfaß, denn das liegt auf der Hand, daß Rußland einem solchen militärischen Abenteuer Polens nicht gleichgültig zusehen kann, sondern selbst entgleitende Konsequenzen ziehen wird. Auch Deutschland bleibt selbstverständlich von kriegerischen Vorgängen seiner nächsten Nachbarn nicht unberührt. Es muß offen heraus gesagt werden, daß die deutschen Sympathien trotz der litauischen Memelpolitik ganz und gar auf Seiten Litauens sind und daß die deutsche Regierung bei voller Wahrung der Neutralität, zu der wir leider gezwungen sind, ihr ganzes diplomatisches Gewicht einsetzen muß, um Polen an einer neuen Vergewaltigung seines kleinen Nachbarlandes zu verhindern. Gehen diese gefährlichen Märztage noch einmal vorüber, ohne daß der große Brand im Osten ausbricht, so ist damit noch nicht gesagt, daß Europa vor diesem Brand überhaupt bewahrt bleibt. Das Feuer glüht unter der Asche weiter und bricht eines Tages doch hervor, wenn die Kulturwelt am wenigsten auf ein solches Ereignis gerüstet ist. Es wird so lange weiterglühen, und so lange eine ständige Bedrohung der Kultur überhaupt bedeuten, als die Balkanisierung Mittel- und Osteuropas, die durch den Friedensvertrag von Versailles ja herbeigeführt worden ist, nicht einer vernunftmäßigen Neuordnung der Dinge Platz gemacht hat.

Aus aller Welt

Eisenbahnunglück in Sangerhausen

(Eigener Drahtbericht.)

Sangerhausen, 18. März. Heute vorm[illegible]tag 3.15 Uhr sind bei der Einfahrt des Güterzuges 5558 in der Mitte des Zuges 4 Wagen entgleist. Vier Wagen wurden beschädig[illegible] der Materialschaden ist nicht bedeutend. Der Zugverkehr wurde nicht gestört. Die Aufräumungsarbeiten waren 2 Uhr nachmittags beendet.

Großfeuer im Hamburger Industriepalast

Hamburg, 18. März. In der im Hamburger Industriepalast untergebrachten Metallwaren-Fabrik von Schneider und Seebohm brach in der vergangenen Nacht ein Großfeuer aus, durch das die hinter dem Industriepalast gelegenen alten Häuser sehr gefährdet waren. Der angestrengten Arbeit von vier Feuerwehrzügen gelang es nach mehrstündiger Tätigkeit, des Feuers vollkommen Herr zu werden und eine größere Ausdehnung des Brandes zu verhindern.

Hotelgroßfeuer in Bonn

Bonn a. Rh., 18. März. Vergangene Nacht gegen 11 Uhr brach aus bisher unbekannter Ursache im Hotel „Königshof" Großfeuer aus, das in dem Dachgebälk reiche Nahrung fand, so daß bald der ganze Dachstuhl in Flammen stand. Auch der dritte Stock ist völlig ausgebrannt. Die Hotelgäste im dritten Stock wurden sofort geweckt und in einem Neubau untergebracht. Das zweite Stockwerk wurde beschädigt. Die Bonner und Gevelsberger Feuerwehren bekämpften gemeinsam das Feuer und hatten gegen 3 Uhr die größte Gefahr beseitigt. Der Schaden wird auf 80 000 Mark bis eine Million geschätzt.

Drei Kinder verbrannt

Paris, 18. März. Ein furchtbares Unglück ereignete sich am gestrigen Donnerstag in dem Pariser Vorort Saint Ouen. Drei Kinder im Alter von vier und zwei Jahren und von vier Monaten, die von ihrer Mutter für einige Zeit allein gelassen worden waren, hatten in der Wohnung Feuer angelegt. Ehe noch Hilfe gerufen werden konnte, waren alle drei Kinder völlig verkohlt.

Drei Kinder ertrunken

Königsberg, 18. März. In einem Dorfe des Kreises Mohrungen ertranken drei Kinder im Alter von sechs, neun und zehn Jahren, die auf dem Eise eines Bruches spielten. Zwei der verunglückten Kinder sind Geschwister.

Acht Todesopfer bei einer Kesselexplosion

Riga, 17. März. Bei einer Kesselexplosion auf der elektrischen Station in Seja im Amurgebiet wurden acht Personen getötet und neun verwundet.

Unter dem Verdacht des Gattenmordes verhaftet

Kottbus, 18. März. Der Gutsbesitzer Drabow in Wilmersdorf, [illegible]n Frau bei einem Scheunenbrand den Tod fand, wurde unter dessen dringendem Verdacht verhaftet, seine Frau, mit der er in Unfrieden lebte, ermordet zu haben.

Ueberschwemmung im Dongebiet

[illegible] 3. März. Aus Moskau wird gemeldet, daß der Don [illegible] getreten ist und Rostow zur Hälfte unter Wasser aus den Ufer[illegible] Hochwasser hat großen Sachschaden angerichtet. [illegible]gesetzt hat. Das [illegible]enleben sollen zu beklagen sein. Auch Mensch[illegible]

Unfall im Wa[illegible]lzwerk. Im Walzwerk der Röchlinghütte in Völklingen wurde ein Walzmeister auf der Treppe der Steuerbahn von einem rollenden Block getroffen und so schwer verletzt, daß er [illegible] nach der Einlieferung ins Krankenhaus verstarb.

Schwerer Unfall im Bergwerk. In Püttlingen wurde ein 36jähriger Bergmann während der Arbeit im Kohlenstoß von herabstürzenden Gesteinsmassen verschüttet. Der Verunglückte, der seinen schweren Verletzungen kurz nach dem Unfall erlag, hinterläßt Frau und fünf unversorgte Kin[illegible]der.

Eine Notlandung be[illegible] Wie aus Sao Luiz de Ca[illegible]eres gemeldet wird, ist de Pinedo nach einem schwierigen Fluge über die brasilianischen Sümpfe, auf denen er einmal eine gefährliche Notlandung vornehmen mußte, dort gelandet.

Und im Unglück nun erst recht!

30] **Ein deutscher Roman von Hermann Richter.**

Ludwig atmete auf. Dann aber überfielen ihn wieder Zweifel. „Meinen Sie, daß die Gesellschaft Wort hält?"

Heinrichs nickte heftig.

„Sie hat sich in vollstreckbarer Urkunde verpflichtet, so daß ich sofort die Zwangsvollstreckung betreiben kann."

Noch immer hatte Ludwig Bedenken.

„Hat sie denn Sicherheiten gegeben? Und Sachwerte hinter sich?"

„Die Kinos sind heute alle zum Brechen voll," erwiderte Heinrichs. „Sie kennen doch die Wünsche des Volkes: panem et circenses. Circenses-Kino. Die Gesellschaft ist von sehr wohlhabenden Geschäftsleuten finanziert."

„Die persönlich haften?" warf Ludwig ein.

„Das nicht. Ich brauche ja nur die Einnahmen und die Filme zu pfänden, dann bin ich für die erste Rate der zurückzuzahlenden Summe gedeckt. Übrigens, welche Sicherheiten werden Sie mir denn geben können?"

Ludwig sann einen Augenblick nach und erwiderte dann:

„Herr Kollege, eine reale Sicherheit meinerseits kann ich Ihnen auch nicht geben."

„Na, sehen Sie!" bemerkte Heinrichs trocken.

„Aber —, einmal würde ich Ihnen mein Kavaliersehrenwort geben, daß die Summe pünktlich zurückgezahlt wird, ich gebe mein Ehrenwort selten, aber bei dieser wichtigen Angelegenheit halte ich es für Sie für eine größere Sicherheit als irgendeine reale Sicherheit."

Heinrichs verbeugte sich zustimmend.

„Und dann," fuhr Ludwig fort, „da ja die Zwangsversteigerung durch die Auszahlung der Blutsauger unter den Tisch fällt, würde meine Schwägerin und deren Kinder als eingetragene Eigentümer sofort Hypothek bestellen."

„An welcher Stelle im Grundbuch?"

„An zweiter Stelle. Es geht nur eine Landschaftshypothek von 200 000 ℳ vor."

„Das wird sich machen lassen, Kollege. Ich werde mir genau den Versteigerungstermin notieren und dafür sorgen, daß die Filmgesellschaft drei Tage vorher das Geld zurückgezahlt hat."

Ludwig reichte ihm die Hand. „Wie soll ich Ihnen danken?"

„Dadurch, daß Sie niemandem etwas davon erzählen," entgegnete Heinrichs mit festem Händedruck.

„Das brauche ich Ihnen wohl nicht auf Ehrenwort zu versichern?" sagte Ludwig.

Heinrichs schüttelte den Kopf.

In hoffnungsfroher Stimmung begab sich Ludwig nach seinem Arbeitszimmer.

XX.

Die Filmgesellschaft zahlte natürlich nicht pünktlich. Heinrichs schickte drei Tage vor dem Versteigerungstermin den Gerichtsvollzieher. Er brachte dreitausend Mark bares Geld mit, wegen des Restes hatte er die bei der Filmgesellschaft lagernden Filme gepfändet, die aber erst nach der Versteigerung einen greifbaren Wert repräsentierten. Die Versteigerung der Filme konnte aber erst in vierzehn Tagen stattfinden.

Ludwig, der sich fest auf das Geld verlassen hatte, fiel aus allen Wolken.

„Was nun?"

Er telegraphierte am nächsten Morgen an Onkel Lutz und bat ihn um eine sofortige Besprechung nach Kottbus.

Onkel Lutz sagte für den nächsten Tag zu.

Ungeduldig ging Ludwig zur verabredeten Zeit auf dem Bahnsteig in Kottbus auf und ab. Es war keine Zeit zu verlieren. Morgen war der Versteigerungstermin! Morgen! Würde es in den 24 Stunden möglich sein, einen Ausweg zu finden?

Der Zug lief pünktlich ein. Als einer der ersten stieg Onkel Lutz aus. Es fiel Ludwig auf, daß der Onkel, dessen Gesicht sonst in strahlender Gesundheit blühte, blaß und verhärmt aussah.

Die Begrüßung mit Ludwig war wärmer, als dieser angenommen hatte.

„Mein Spatz läßt dich grüßen! Gewöhnlich richte ich solche Sachen immer erst aus, wenn ich mich wieder verabschiede. Doch Lilo hat mir die Grüße so dringend aufgetragen. Na, was sagst du denn zu der Schweinerei, he?"

Sie schritten den steil [illegible]nsteigenden Weg vom Bahnhof zu der Brücke hoch, die sich [illegible] über das Schienengewirr zur Stadt streckte.

Ludwig wollte eben er[illegible]ldern, da begann Onkel Lutz von neuem:

„Übrigens beinah' hätt' [illegible] mit ich wahrhaftig nicht kommen können. Habe da so 'ne Kleckerei mich neulich nachts liebenseinem entlassenen Arbeiter, der [illegible]chine Auseinandersetzung mit würdigerweise durch ein Seil k[illegible] wollte."

Onkel Lutz erzählte auf Ludwi[illegible]igs Frage kurz den Vorfall und fuhr dann fort:

„Nun sitzt der Kerl noch in d[illegible]er Werkwohnung drin, die ich dringend gebrauche. Ich h[illegible]be ihn auf Räumung verklagt. Heute stand Termin an. [illegible]en, um mal wieder persönlich diesen Termin wahrnehm[illegible]ehen. Doch die Lilo Aug' in Auge mit dem Mann zu s[illegible]eck, und die halten hatte sich hinter meinen Anwalt ge[illegible] Schwefel. Da haben gegen mich zusammen wie Pech und [illegible]regungen vermeiden. sie mir vorgeschwatzt, ich solle die Auf[illegible] Na, Ludwig, wenn ich müsse an meine Gesundheit denken. [illegible] hätten sie mir die dein Telegramm nicht gekommen wäre[illegible]zähle du!" Zusage nicht abpressen können. Nun e[illegible]

Sie nahmen in einer Nische des Re[illegible]estaurants „Berliner Hof" Platz.

Ludwig legte dem Onkel sein [illegible] Mißgeschick dar und berichtete auch über Heinrichs Tätigkeit. Dieser hatte Ludwig dem Onkel Krüger gegenüber als absolut zuverlässigen Mann von seinem Versprechen der [illegible] erschwiegenheit entbunden.

„Findet nun wirklich morgen die [illegible] Versteigerung statt?" fragte Ludwig.

„Freilich," entgegnete Onkel Lut[illegible] „Wir sind in der ganzen Gegend unmöglich geworden. [illegible] Ich auch."

„Wieso auch du?"

„Nun, daß mein Personalkredit gewa[illegible]altig erschüttert ist, wenn ich meinem leibhaftigen Schwager [illegible] noch nicht einmal mit der lumpigen Summe von 52 000 ℳ [illegible] unter die Arme greifen kann ist doch wohl klar."

„Lilo schrieb, Fränzi wolle verkaufen, [illegible] die Versteigerung unter allen Umständen zu verhinder[illegible]n."

Ohm Krügers Gesicht verfinsterte sich.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192703192-10/fragment/page=0002

Der Provinziallandtag lehnt ab!

Die Verlegung der Provinzialverwaltung mit 60:50 Stimmen abgelehnt — Lebhafte Debatte im Provinziallandtag

Von unserem zum Provinzial-Landtag entsandten Dr. R.-Redaktionsmitglied.

Abstimmungstag! — Ein geheimnisvolles Hin und Her, ein Raunen in der Wandelhalle, Gruppenbilder selbst während den Sitzungen, ziemlich zahlreiche Abgeordnete auf ihren Plätzen — das ist das Bild des Tages! Nachdem man die langwierige Geschäftsordnungsdebatte vom Vormittag überwunden hat, weitet sich der Blick. Freilich, viel Unwesentliches, viel Subjektives kommt auch in der großen Aussprache über die Frage der Verlegung der Provinzialverwaltung zutage. Es verringerte die große Unklarheit, die über den Ausgang der Abstimmung verbreitet war, nicht.

Die geheime Abstimmung lehnte man mit 55 zu 53 Stimmen ab. Die zweite, durch Hammelsprung zustande gebrachte ergab 55 zu 54. Das gab zu denken, wenn man auch auf die Hauptabstimmung keine Schlüsse daraus ziehen kann. Die Erklärung des deutschnationalen Freiherrn v. Wilmowski bringt endlich etwas Klarheit, wenn auch er mit Einschränkungen ablehnt: nicht alle Mitglieder seiner Fraktion sind gegen die Verlegung.

Als man um 1 Uhr zu Tisch geht, liegt heller Sonnenschein über all' der Ungewißheit. Um 8 Uhr, dem Beginn der neuen Versammlung, läuten die Glocken von Merseburgs Stadtkirche. „Merseburger Grabgeläute" — frohlockt ein strammer Magdeburger. Ob's wahr wird? Tatsächlich zerbrach man sich sogar in den Lokalen der Stadt den Kopf über das, was wohl werden würde . . .

Die Nachmittagssitzung beginnt verhältnismäßig pünktlich, nämlich mit „nur" 20 Minuten Verspätung, ein Zeichen, daß man unbedingt fertig werden will. Eine einstündige Koenen-Rede läßt freilich alle Hoffnung schwinden . . . wahrscheinlich, um den Abgeordneten Gelegenheit zu geben, noch einmal ernstlich in sich zu gehen. Was man denn auch im Restaurant tut. Das Interesse belebt sich aber sofort, als der greise Graf v. Posadowski eine ernste Mahnung an das Haus richtet, die sichtlich eine starke Wirkung auf das Haus ausübt: Spart und verlegt nicht! Unter dem Eindruck dieser Rede kann auch die antisemitische Namensstreichung von der Rednerliste, die den Abg. Mann (Völk.) traf, nicht allzu viel Staub aufwirbeln, und um 6¼ Uhr — endlich — tritt das Haus unter ziemlicher Spannung in die Abstimmung über die Verlegung ein. Sie geschieht durch Namensaufruf und ergibt eine Mehrheit von 10 Stimmen gegen die Verlegung, was von der Mehrheit des Hauses mit Bravorufen und — der Tribüne mit Händeklatschen begrüßt wird.

Die Spannung ist damit zur Entladung gelangt. Während in Merseburgs Straßen Extrablätter das „freudige Ereignis" verkünden, nimmt das arbeitsfreudige Haus noch einige Berichte des Haushaltsausschusses entgegen, und vertagt sich um 7¼ Uhr auf Sonnabend früh 9½ Uhr.

*

Das Haus tritt um ¾11 Uhr in die zweite Beratung der Vorlage über die Verlegung der Provinzialverwaltung ein.

Zur Frage der Abstimmung stimmt Abg. Lohmeyer (D. H. P.) der Auffassung des Landeshauptmanns, daß die Verlegung unbedingt notwendig sei, unbedingt zu. Aber dieser Zeitpunkt, der jetzt gewählt ist, sei nicht der geeignete. Man habe ganz verschiedene Berechnungen über die Kosten bekommen. Eine alte Erfahrung lehre, daß derartige Anschläge jedesmal erheblich überschritten würden. (Sehr richtig!) Er vermeine, der Landeshauptmann nicht zu folgen, daß die 300 000 Mark Annuität für den Einzelnen nur wenige Pfennige ausmacht. Wir sind zur unbedingtesten Sparsamkeit verpflichtet und zur Abrechnung aller nicht unbedingt notwendigen Kosten. Deshalb werde die Mehrzahl seiner Fraktionsmitglieder der Vorlage die Zustimmung versagen.

Abg. Dr. **Kühnlein**-Merseburg (Dem.): Auffallend sei es gewesen, daß der Vertreter der Staatsregierung ganz eindeutig für eine Verlegung sich geäußert habe. Auf die Interessen der Provinzialverwaltung kommt es hier nicht an, sondern auf die Interessen der Provinz. Er sei persönlich gar kein Anhänger Merseburgs, das es oft an der notwendigen Großzügigkeit fehlen lasse. Die Frage der geopolitischen Umgestaltung Mitteldeutschlands sei noch viel zu unbestimmt, um daraufhin die Verwaltung zu verlegen. Eine Benutzungstabelle der Fahrzeiten habe die günstigere Lage Merseburgs ergeben. Für die Beamten fiele ins Gewicht, daß ihnen in Merseburg die Möglichkeit bestände, in Halle ihre Kinder studieren zu lassen. Man müsse an Nutz und Frommen der Beamten denken! Bei einer Verlegung in eine Großstadt würden Mittel nötig sein für ihre Aufwendungen (Häuserverkauf, Straßenbahnfahrt). Der Ortszuschlag gleiche das nicht aus.

Oberregierungsrat **Janssen** als Vertreter der Staatsregierung begründet nochmals die Stellungnahme des Oberpräsidenten Hörsing.

Landrat **Guske** (Soz.) nimmt zu einer persönlichen Erklärung gegen die gestrigen Angriffe des Landeshauptmanns das Wort. Er verstehe die Gereiztheit nicht, mit der die Freunde der Verlegung die Frage betrachten. Man müsse jedem Mitglied des Hauses den guten Willen einräumen. Von einer Kränkung des Landeshauptmanns durch die Formen der Agitation könne keine Rede sein; er persönlich sei nie unsachlich gewesen. Er habe auch nicht „in subjektiver Objektivität falsche Zahlen" angegeben. Aber dasselbe Recht, das die Magdeburger haben, müßten auch die Merseburger haben. Die von Merseburg verbreiteten Broschüren seien vom Oberbürgermeister Hertzog mit demselben Recht verfaßt worden, mit dem andere Bürgermeister Stellung nähmen. Was habe die „Magdeburgische Zeitung" z. B. alles verbreitet! Da müßten die Merseburger ja Fischblut in den Adern haben, wenn sie sich nicht dagegen wehrten! Im übrigen habe der Landeshauptmann ihm keine Erklärung darüber abgegeben, welche von den errechneten Zahlen unrichtig seien. Er bitte auch heute wieder darum. Die Rede des Landeshauptmanns sei ein Beweis dafür, daß die

Verlegung nach Magdeburg unter keinen Umständen in Betracht kommen

kann. Wenn überhaupt eine Verlegung, dann nach Halle! Ueber die Begriffe Konzernverwaltung seien sich Juristen und Volkswirte nicht mal einig. Die Provinz sei kein privatwirtschaftlicher Konzern (z. B. Straßenbau und Kleinbahnwesen würden stets örtliche Beaufsichtigung in der Provinz verlangen). Auch die Elektrizitätsverwaltung sei durchaus örtlich gebunden, und die Verwaltung ließe sich nicht von der Provinzhauptstadt aus erledigen. Mit der Bereitstellung von Wohnungen seitens der beiden Großstädte sei noch gar nichts geholfen. Die Kosten für die Wohnungen müsse man trotzdem einnehmen, weil Magdeburg selbst Wohnungsnot habe. Ueber

die Schädigung der Stadt Merseburg

habe der Landeshauptmann in seiner Denkschrift eine Begründung gegeben, zu der er gar nicht berufen sei. Die Eingemeindung des Zentralverbandes Leuna sei keine Entschädigung und die vom Landeshauptmann benutzten Zahlen seien falsch. Zusammenfassend kommt Redner zu dem Ergebnis, daß

die Verlegung nicht notwendig

sei, um den Aufgaben gerecht zu werden, die der Provinzialverwaltung heute zustehen. Es sei eine unwirtschaftliche Maßnahme, um deren Ablehnung er bitte.

Abg. **Weber**-Halberstadt (Soz.) stellt fest, daß es eigentlich grundsätzliche Gegner der Verlegung in allen Parteien nur wenige gebe. Immer heiße es nur: jetzt nicht. So sei es früher gewesen, so sei es heute. Merseburg habe eben reichlich viel versäumt. In kleinen Verhältnissen würden Entscheidungen von kleinen Gesichtspunkten diktiert (Zuruf rechts: „Halberstadt!" Heiterkeit). Gegenüber der Oeffentlichkeit könnte er die Verantwortung übernehmen, die Kosten für die Verlegung zu bewilligen.

Abg. Freiherr v. Wilmowski (Dn.) betont, daß seine Fraktion keine geschlossene Stellung in dieser Frage einnehme. Die Minderheit werde für, die Mehrheit gegen die Verlegung zur Jetztzeit stimmen. Er hofft, daß der Landeshauptmann für den Fall, daß die Verlegung in Merseburg bleibe, die Schwierigkeiten, die daraus erwachsen, zu meistern versuchen werde.

Abg. **Francois** (Wirtschaftsp.) hält Magdeburg für allein prädestiniert zum Sitz der Provinzialverwaltung. Gelder für etwaige Neubauten in Merseburg seien unnütz vertan, da man über kurz oder lang doch von Merseburg fortgehen müsse.

Um 1 Uhr wird die Sitzung auf 3 Uhr vertagt.

*

Die 5. Vollsitzung eröffnet Abg. **Beims** (Soz.) um 3.20 Uhr. Das Haus fährt in der großen Aussprache fort.

Abg. **Koenen** (Komm.) teilt in einstündiger Rede mit, daß die kommunistische Fraktion geschlossen dastehe wie immer (Widerspruch), ohne auf irgendwelche „Schieberkunststücke" hineinzufallen, und wendet sich

gegen den Kostenaufwand der Verlegung.

Die Abstimmung werde im Großen und Ganzen ein Zufallsresultat zeigen.

Abg. **Schutz** tho **Jührden** (D. Vp.) ist bereit, jetzt schon die Verlegung vorzunehmen. (Zuruf links: Du hast wohl mehr Pulver?) Da man nicht leugnen könne, daß die Verwaltung als Wirtschaftsbetrieb mit einer Großstadt in Verbindung treten müsse. Die phantastischen Ueberschreitungen der Baufummen (Zuruf des Abg. Guske: „Phantastisch? Sie können wohl nicht rechnen!") lehne er ab und

rechne mit dem Betrage von 2,6 Millionen,

wenn in Magdeburg das Stadthaus als Parlament benutzt werden könnte.

Abg. Graf v. Posadowski (Sparer und Rentner) weist den Versuch, die Landtagsversammlung zu einer politischen zu stempeln, zurück. Angesichts der ungeheuren Steuerlasten müßten gegen die Verlegung ernste Bedenken aufsteigen. Die in den Anschlägen errechneten Beträge würden nach alter Erfahrung meist ums Vielfache überschritten. (Sehr richtig.) Weil er nicht wünsche, daß die kleinen Städte geschädigt werden, müßten die Freunde der Verlegung ihre Wünsche zurückstellen, bis Deutschland wieder einigermaßen im Aufstieg begriffen sei. (Sehr gut! rechts und in der Mitte.) Es handele sich hier nicht um ein unbedingtes Erfordernis, sondern nur um die Korrektur eines Schönheitsfehlers. (Zustimmung.) Wie könne man von Sparsamkeit sprechen, wenn man eine solche Steuerpolitik führe. Seine Fraktion stimme

einstimmig gegen die Verlegung.

Abg. **Böer** (Dem.) stimmt dem Vorredner teilweise zu, glaubt aber, von der Provinzialverwaltung nur dann die besten Leistungen fordern zu können, wenn man ihr auch die besten Voraussetzungen gebe. Sein Grundsatz sei: Die Provinzialverwaltung gehört in die Provinzialhauptstadt!

Es ist inzwischen ein Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Er wird mit großer Mehrheit angenommen. Zu einem erregten Zwischenfall kommt es, als Abg. **Mann** (Völk.) behauptet, die Streichung seines Namens von der Rednerliste wirke sich als eine „politische Intrigue" aus. Abg. **Sargenfrei** (Völk.) sieht in der Streichung eine Urkundenfälschung. Abg. **Lohmeyer** erklärt die Vorwürfe gegen den Präsidenten für unbegründet. (Lärm links. Zurufe: „Wo ist Busse?") Abg. Dr. **Adler** (Dn.) schließt sich dem an. Abg. **Busse** (Dn.) bezeugt, daß er den Namen Mann bei Schluß der Vormittagssitzung genannt habe. (Zurufe links: „Wer hat den Namen gestrichen?) Nach Klärung des Tatbestandes durch den Präsidenten **Beims** erhält

Landeshauptmann Dr. Hübener

das Schlußwort. Dr. Hübener geht noch einmal in großen Zügen auf die Debatte über die Verlegung ein und protestiert gegen den Anwurf, daß die Beamtenschaft, weil sie schwer zu beschaffen sei, schlecht sei. Er geht dann auf die Kostenfrage ein und erklärt die Entziehung des Betrags vom Kapitalmarkt nicht für gefahrvoll. Mit besonderem Interesse habe er den Ausführungen des verehrten Grafen v. Posadowski gelauscht, dem er leider widersprechen müßte. (Zuruf links: Ungehorsamer Schüler!) Er gehöre in finanzieller Hinsicht nicht zu den Leichtherzigen, aber halte eine zu große Sparsamkeit in diesem Falle nicht für richtig. Was wir brauchen, müßten wir haben. Dem Aufwand würden wirtschaftliche Vorteile, die nicht in Ziffern zu sagen sind, gegenüberstehen. Er habe Anlaß zu der Annahme, als würde eine Annahme der Vorlage dem innersten Wunsche des Hauses entsprechen.

Abg. Mann (Völk.), der zu einer persönlichen Bemerkung sprechen will, wird dreimal zur Ordnung gerufen und ihm das Wort von der Mehrheit des Hauses entzogen.

Ein kommunistischer Antrag, der für alle 5 Punkte des Verlegungsantrags namentliche Abstimmung fordert, und ein deutschnationaler, daß die namentliche Abstimmung über Halle oder Magdeburg getrennt vorgenommen wird, werden vorweggenommen.

Das Haus tritt 6¼ Uhr in die Abstimmung ein.

Zuerst wird über Punkt 1 der Vorlage, daß die Provinzialverwaltung in eine der Großstädte verlegt werden soll, abgestimmt. Die Vorlage wird mit 60 gegen 50 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. (Lebh. Bravo!) Händeklatschen auf den Tribünen. Rüge des Präsidenten.) Damit sind alle anderen diesbezüglichen Anträge und Unteranträge erledigt.

Von den Vertretern Halles stimmten Abg. Dr. **Rive**, **Busse** und **Kasparek** mit „Ja", alle anderen mit „Nein". Landrat **Guske** enthielt sich der Stimme.

Das Haus fährt in der Tagesordnung fort. Abg. **Luther** erstattet Bericht über den Umbau der Kleinbahnen. Der Ausschuß empfiehlt normalspurigen Ausbau der Bahnen im Kreise Jerichow. Der Antrag wird angenommen. Eine einmalige Unterstützung für das St. Elisabeth-Kinderheim in Halle wird abgelehnt. Ein Vertagungsantrag wird abgelehnt, ebenfalls eine Eingabe der Hauptgewerkschaft der Beamten und Angestellten des Provinzialverbandes betr. Errichtung eines Feierabendhauses.

Schluß 7.15 Uhr.

Bekenntnisse einer Philosophin und Mutter

Die Frage, wie heutzutage die geistig arbeitende Frau als Gattin und Mutter noch Zeit für ihre wissenschaftlichen Studien finden kann, ist bei der ständigen Zunahme des Frauenstudiums gewiß zeitgemäß.

Von ihrer Lösung des Problems plaudert die bekannte Philosophin Else Wentscher, die den Preis der preußischen Akademie der Wissenschaften und den Ehrendoktor der Universität Köln erhalten hat, in einem Bekenntnis über die „geistig arbeitende Mutter" in „Westermanns Monatsheften". Eine wichtige Bedingung für ihre Weiterbeschäftigung mit philosophischen Studien während der Ehe war die, daß ihr Gatte, der ebenfalls Philosoph ist, ihren Arbeiten tiefstes Verständnis entgegenbrachte. Als Kinder kamen, ließ sie trotzdem von ihren Studien nicht ab.

„Wir haben niemals ein Kindermädchen gehabt," so schreibt sie, „sondern ich habe meine zwei Babys stets und mit größter Freude selbst versorgt und durch strenge, nach anderer Urteil vielleicht pedantische Zeiteinteilung doch stets Zeit für meine geistigen Arbeiten erübrigt. Als mein Lottchen noch im Babyalter war, habe ich es früh gebadet und bin dann ins Kolleg gelaufen, wo ich bei völliger Sammlung — das Kind schlief ja zu Hause — Philosophie und Theologie hörte. Ich habe kaum je eine Stunde ausgesetzt; ich hatte eben das Glück, daß ich selbst, ebenso wie das Kind, völlig gesund war. Wenn Lottchen im Garten spielte, saß bei ihm und las Plato im Urtext." Als dann noch ein Junge hinzukam, gewann sie aus der Beschäftigung mit den Kindern die Anregung zu ihrer Abhandlung über die „Religion im Kindesleben". Sie wußte den Kindern, als sie heranwuchsen, Interesse an ihren Arbeiten einzuflößen, und einmal entfuhr es dem kleinen Jungen in der Begeisterung: „Du bist mein gutes, tüchtiges Muttele, das sogar Bücher druckt."

Auch den Antrieb zu ihrem Werk über den Willen erhielt sie durch die Beobachtung der sich entwickelnden Kinder. Während des Krieges, als die Hausfrauen vor so schwere Aufgaben gestellt waren, wagte sie sich an die Behandlung des von der preußischen Akademie gestellten Themas, einer Geschichte des philosophischen Kausalproblems von Hobbes und Descartes bis zur Gegenwart.

„Diese Arbeit," schreibt sie, „war in der leidigen Hungerzeit, wo ich sehr viel und zumeist vergebens in der Stadt und in den Geschäften herumlaufen mußte, keine Kleinigkeit. Doch mein brennendes Interesse für die Sache und die Teilnahme, die mein Mann und in ihrer Weise auch die Kinder, der Arbeit entgegenbrachten, halfen mir die Hemmungen überwinden." Ihre Tochter Lotte machte damals ihr Abiturienten-Examen und studierte dann bei den Eltern in Bonn. „In der freien Zeit diktierte ich ihr aus dem Manuskript die Preisarbeit, und solange ich diktierte, stopfte ich unentwegt Strümpfe." Sie erhielt für die Arbeit den Preis: Das Erstaunen war wohl nicht gering, als in feierlicher Sitzung der Brief geöffnet wurde und sich als Verfasser des preisgekrönten Werkes eine Frau ergab.

„Ich habe zu zeigen versucht," so schließt die Philosophin, „daß zum Gelingen einer solchen Vereinigung vielerlei, fast möchte ich sagen, Glücksumstände zusammenkommen müssen. Die wesentlichen Momente aber müssen doch in der Frau selbst liegen. Unüberwindliche Liebe muß man zur Wissenschaft haben, um ihr auch unter starken Hemmungen treu zu bleiben. Vor allem aber muß die Mutter, die neben ihren natürlichen Pflichten der Wissenschaft dienen will, ihre Kinder mit selbstlos hingebender Liebe umfassen. Nur wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, werden die Kinder nicht zu kurz kommen."

Um die Sixtinische Madonna

Raffaels Dresdener Madonna steht wieder einmal im Mittelpunkt eines erbitterten Streites. Der Dresdener Gelehrte Dr. Moritz Stübel hatte in einer Schrift Feststellungen über das Werk gemacht und daraus weittragende Schlüsse gezogen, die den Direktor der Dresdener Galerie, Prof. Hans Posse, auf den Plan riefen. Diesem antwortet nun wieder Stübel eben in der Seemannschen „Zeitschrift für bildende Kunst". Posse erklärte es für ausgeschlossen, daß ein anderer als Raffael den Vorhang, die Engel und die Wolken gemalt habe — was Stübel glaubte beweisen zu können. Spätere Maler hätten niemals das kanonische Meisterwerk der Sixtina zusammenbrauen können.

Diese Schlußfolgerung Posses beruht — so sagt Stübel — auf der falschen Voraussetzung, daß man den Lebensnerv eines Bildes durchschneidet, wenn man auch nur eine Linie verändert oder verschiebt. Gewiß stehen bei einem wahren Kunstwerk alle Einzelheiten untereinander und zum Ganzen im Einklang und heben und helfen sich gegenseitig. Aber ein Kunstwerk ist kein Rechenexempel, das nur eine richtige Lösung hat, und kein Räderwerk, das stillsteht, wenn auch nur ein Rädchen versagt. Die freie Gestaltung einer künstlerischen Idee läßt viele Lösungen zu, vor allem in Nebendingen. Es ist durchaus möglich, daß ein verständnisvoller Künstler das Werk in würdiger und schöner Weise abschließt, wenn der Meister daran verhindert gewesen ist. Posse behauptet, daß genauere Untersuchung der Malerei außerhalb von Glas und Rahmen ergeben habe, daß sie in ihrer ganzen Ausdehnung gleichzeitig entstanden sei.

Wie diese Untersuchung vorgenommen worden ist, sagt er nicht. An einem 400 Jahre alten Bilde, das so oft gereinigt, restauriert, gefüttert, gebügelt, gefirnißt worden ist, lassen sich Veränderungen oder Ergänzungen, die ebenfalls vor Jahrhunderten vorgenommen worden sind, nicht einfach an der Oberfläche ablesen. Auch Theodor Frimmel hat vorsichtig bemerkt, daß die Engel wohl kaum von Raffael fertig gemalt seien. Um zur Erkenntnis in solchen Fragen zu gelangen, kennt die moderne Wissenschaft mikrophotographische Aufnahmen, mikrochemische Analysen der Farbstoffe, Röntgendurchleuchtung und andere wissenschaftliche Methoden, die eine zuverlässige Beurteilung alter Gemälde möglich machen.

Stübel erklärt, daß eine Widerlegung seiner Annahmen durch technische Gründe nur auf diese Weise erfolgen könne.

— **Die von Fjodor Schaljapin geleitete Wanderoper**, die in diesem Winter die größten Städte Nordamerikas, bereisje, hat entgegen allen Erwartungen finanziell sehr mäßig abgeschnitten. Infolgedessen gedenkt Schaljapin wieder zu seiner Konzerttätigkeit zurückzukehren und hat bereits einen amerikanischen Vertrag für die nächste Saison abgeschlossen, der ihn zu 25 Konzerten für 3000 Dollar pro Abend verpflichtet.

— **Neue Bühnenwerke.** „Frau Sybrecht" von Adolf Paul wurde vom Stadttheater Hagen für den 12. April zur Uraufführung angenommen. Das Werk erschien im Volksbühnenverlag. — Von Alfred Brust erscheint soeben im Horen-Verlag, Berlin-Grunewald, das aus zehn einzelnen Spielen bestehende Werk „Cordatus". Das Werk erlebt demnächst seine Uraufführung am Neuen Schauspielhaus in Königsberg. — Sil-Varas Komödie „Das Genie und sein Bruder" wurde von der Theatre Guild in New-York zur Uraufführung erworben; weitere Verträge wurden für England, Skandinavien und Finnland abgeschlossen. — Gorkis Roman „Die Mutter" ist jetzt, nachdem er den Stoff für einen erfolgreichen Film abgegeben hat, auch für die Bühne bearbeitet worden, und zwar von dem Leningrader Regisseur Krasherninikow, der das Stück demnächst in Leningrad zur Aufführung bringen wird.

— **700 000 Bände von Alfred Biese's Deutscher Literaturgeschichte** konnten bis März 1927 ausgegeben werden. Der Verfasser, Geheimrat Professor Dr. Alfred Biese, der im vorigen Jahre seinen 70. Geburtstag begehen durfte, hat den 1. Band im Jahre 1907, also genau vor 20 Jahren, veröffentlicht. Das volkstümliche dreibändige Werk, erschienen bei C. H. Beck in München, umfaßt über 2000 Textseiten und 157 Abbildungen. Aus den Erscheinungsjahren der einzelnen Auflagen wird ersichtlich, wie rasch und immer rascher „der Biese" in der Gunst unserer Gebildeten geziehen ist. Das Werk ist heute unstreitig die verbreitetste deutsche Literaturgeschichte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192703192-10/fragment/page=0003

Halle und Umgebung

Halle, 19. März.

Vorfrühling

Noch sind die Rasenflächen der städtischen Anlagen graugrün, und doch zaubert die Märzsonne mit ihren von Tag zu Tag wärmer werdenden Strahlen buntes Leben hinein. Noch sind die Zweige der Bäume und Sträucher kahl und dennoch sitzt auf jedem Ast, auf jedem Zweiglein, ein Vogel, singt und zwischert und freut sich des kommenden Frühlings.

Frühlingsahnen! Alle Welt träumt und sinnt dem jungen Grün, frischer Blütenpracht entgegen. Ueberall trifft man Spaziergänger, an der Saale, auf dem Trotthaer Felsen, in der Heide . . . Ueberall hört man abends das stillheimliche Plaudern der Liebespaare.

Hier und da lugen schon grüne Knospen hervor: ob sie nicht ein wenig vorwitzig sind? Denn oftmals fährt noch der pfeifende Wind in die kahlen Kronen und peitscht die schlanken Aeste. Noch kämpft der Winter um seine Herrschaft, noch will er sich nicht dem blondgelockten, sich seiner brausenden Jugend bewußten Frühling beugen. Noch kämpft das Dunkel gegen das Licht.

Frühlingsahnen! Ja, es ist erst ein Ahnen nur, und doch, es ist der Anfang zum Aufstieg, dem Licht entgegen. **Gg.**

Das Mädchen aus der Fremde . . .!

oder ist's eine junge Frau?! Ich kann es wirklich nicht sagen. Es ist auch weiter nicht wichtig.

Ich kam, sah und staunte! Gestern nachmittag nämlich, als mich der Zufall und das prächtige Frühlingswetter zu einem kleinen Spaziergang an der Saale veranlaßte, wobei ich auch in die Nähe der Moritzburg geriet.

Eine Menge Menschen stand da und bewunderte die südländische Schöne, die zusammen mit anderen exotischen Seltenheiten die Blicke des Publikums auf sich zog. Daß der glückliche Besitzer seinen Schatz hinter einer kleinen Barriere vor allzu Zudringlichen etwas geschert hatte, störte im allgemeinen nicht.

Da saß sie nun in unnachahmlicher Würde, die tiefschwarzen Augen ließen ihrer samtenen Pracht nach das engere Heimatland im südlichsten Italien, so etwa in der Gegend des temperamentvollen Neapel vermuten. Von Körperbau groß und kräftig, mit einem feinen, zierlichen Kopf, war vollendete Rasse schon des Ebenmaßes der Formen wegen unverkennbar. Die prächtig geformten Arme waren für mehr oder weniger zärtliche Umarmungen wie geschaffen, ein wahres Wunderwerk der Natur.

Um festzustellen, ob dieses Prachtexemplar nicht etwa ein aus totem Stoffe nachgebildetes war, verweilte ich länger. Ich litt Tantalusqualen, denn dann und wann gestattete ich mir, ganz verstohlen, nach den anderen Kostbarkeiten zu schielen. Aber schließlich hatte mein heroisches Aushalten Erfolg. Meine stolze Schöne bewegte die überaus zierlichen Füßchen, wobei sie an ein kleines, weißes Stöckchen stieß. Da stand, in dem Schaufenster eines bekannten Feinkostgeschäftes nämlich, mit grellen Buchstaben Name und Heimat genau vermerkt: Lebende Languste aus dem Mittelmeer . . . . **ha.**

Ihm ist alles gleich

Mit 25 Jahren 17½ Jahre Zuchthaus.

Schwergefesselt wurde dem Schöffengericht gestern der 25jährige Klempner Paul Panske vorgeführt. Schon mit 21 Jahren wurde er wegen Einbruchsdiebstahls im Rückfalle mit Zuchthaus bestraft. Bald nachher folgte eine zweite verschärfte gleiche Strafe. Aber sie schreckte ihn nicht ab. Er muß der Schrecken der näheren und weiteren Umgebung von Magdeburg gewesen sein, dem erst kürzlich sein Handwerk gelegt worden ist.

Augenblicklich verbüßt er eine Zuchthausstrafe von 15 Jahren.

Ihm ist alles gleich. Ob er noch weiterhin verurteilt wird, das sieht ihn nicht an; seine Strafe ist die Höchststrafe, die einen Verbrecher treffen kann.

Seiner Gleichgültigkeit entsprach sein ganzes Auftreten. Ihm war jedenfalls der Boden zu heiß geworden, und er hatte das Bedürfnis, seine Tätigkeit anderswohin zu verlegen. Am 17. Febr. kam er auf einer „Geschäftsreise", wie er sich ausdrückte, mit einem Kumpan nach Halle. Sie mußten auf dem Bahnhof einige Zeit bleiben. Um sich die Langeweile zu vertreiben, ging P. fort; es war nachts um 2 Uhr. Er wollte „Reiselektüre holen". Unweit des Bahnhofs liegt eine Buchhandlung. Er öffnete die Tür mit einem Dietrich und nahm eine Anzahl Bücher mit. Dabei versäumte er aber nicht,

einen Griff in die Ladenkasse

zu tun. Glücklicherweise hatte — und das sollten sich alle Geschäftsleute gefagt sein lassen — der Besitzer die Tageseinnahme mit nach Hause genommen, so daß P. nur 8,60 Mark in die Hände fielen.

Der Staatsanwalt bemerkte: „Panske ist nicht nur ein rückfälliger Dieb, sondern ein berufsmäßiger Verbrecher," und beantragte für den Einbruch eine weitere Zuchthausstrafe von 2½ Jahren, die, wie schon gesagt, leider auf dem Papier stehen bleibt. Das Gericht folgte dem Antrage.

Vaterländische Arbeiterkundgebung in Halle

Die im „Reichsbund vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine", Bezirksverband Halle-Merseburg, zusammengeschlossenen Vereine und Werksgemeinschaften veranstalten am Sonntag eine vaterländische Arbeiterkundgebung aus Anlaß des 1. Stiftungsfestes der Werksgemeinschaft Crölmwitzer Papierfabrik, des 17. Stiftungsfestes des Vaterländischen Arbeitervereins Halle, der Fahnenweihen des Werkvereins Leuna (Ammoniakwerk Merseburg), und der der Werksgemeinschaft Filmfabrik Wolfen.

Die Feiern finden in sämtlichen Räumen der „Saalschloßbrauerei" und des Zoologischen Gartens statt. Die männlichen Mitgliedern sammeln sich um ½12 Uhr am Thielenplatz und am Königsplatz. Von dort aus setzt sich um 2 Uhr der Festzug mit seinen schwarz-weiß-roten Arbeiterfahnen in Bewegung und nimmt seinen Weg durch die Königstraße—Poststraße—Alte Promenade—Friedrichstraße—Heinrichstraße—Ludwig-Wucherer-Straße—Reilstraße—Kurallee—Wittekindstraße—Seebenstr. nach den Festlokalen. Die Musik wird von der Halleschen Bergkapelle und der Stahlhelmkapelle gestellt.

Die vaterländischen Mütterger, besonders die der Festzugstraßen, werden gebeten, die Kundgebung durch Aushängen ihrer schwarz-weiß-roten Fahnen verschönern zu helfen.

Turnen, Spiel und Sport

Reichspräsident von Hindenburg und die Handballspiele der D. S. D.

Für die Endrunde um den Handballpokal der DSB. hat Reichspräsident von Hindenburg sein Porträt mit eigenhändiger Unterschrift für den Sieger gestiftet. Das Bild verbleibt in den Händen des Siegers. Die Stelle des Pokales vertritt eine Plastik von dem bekannten Bildhauer Prof. Behn, dem Schöpfer des Kolonial-Denkmals in Bremen. Die Plastik verkörpert das Sinnbild ehrerfrischten Kampfes und wird in diesem Jahre zum ersten Male dem Sieger übergeben.

Der verräterische gelbe Koffer

Ein Konfektionseinbruch aufgeklärt

Berlin, 18. März. Der Kriminalpolizei ist es jetzt, wie die „Nachtausgabe" berichtet, gelungen, einen großen Einbruchsdiebstahl aufzuklären, der vor einigen Tagen in einem Konfektionshause in der Zimmerstraße verübt wurde. Die Beamten nahmen die Einbrecher fest und konnten auch das ganze gestohlene Gut wieder herbeischaffen.

Die Diebe waren in der Nacht zum Dienstag

in das Geschäft eingedrungen, indem sie eine Türfüllung zertrümmerten und die Alarmvorrichtung außer Betrieb setzten. Unfreiwillig hatte der Geschäftsinhaber den Dieben die Arbeit erleichtert; ein großer gelber Koffer, wie ihn Reisende mit sich zu führen pflegen, war fast bis obenhin mit Sommermodellen gefüllt. Die Einbrecher packten einen Posten Seidenstoffe dazu und machten sich außerdem noch ein großes Paket fertig.

In der Maske ehrlicher Geschäftsreisender

ließen sie sich mit einem Auto nach dem Bahnhof Friedrichstraße fahren, um jede Spur zu verwischen. Sie traten dann aber mit einem anderen Auto sofort eine Fahrt nach der unteren Friedrichstadt an. In der Nähe des Belle-Alliance-Platzes mieteten sie sich in ein „Pensionat" ein und suchten in der folgenden Nacht in Neukölln einen Hehler auf, dem sie die Beute übergaben.

Bei der Aufklärung des großen Diebstahls war der auffallend gelbe Lederkoffer für die Kriminalbeamten ein guter Wegweiser. Nach der Feststellung der beiden Droschkenchauffeure, die sich des Koffers erinnerten, fand man auch bald das „Pensionat" am Belle-Alliance-Platz und schließlich auch die Spur, die nach Neukölln führte. Ueberraschend fielen die Beamten gestern abend um 9 Uhr bei dem Hehler in der Hermannstraße ein.

Zwischen Betten versteckt, fand man hier bei einer Durchsuchung einen Teil des gestohlenen Gutes wieder.

Als gegen 12 Uhr die beiden Diebe wiederum erschienen, wurden sie festgenommen.

Bei den Verhafteten fand man die Adresse des Abnehmers, und so gelang es, die gestohlenen Kleider und Stoffe im Werte von 8000 Mark für den Eigentümer sicherzustellen. Die Diebe sind ein 42 Jahre alter, gewerbsmäßiger Konfektionseinbrecher Albert Dietrich und ein 40jähriger Fritz Rühn; beide haben vermutlich noch mehr auf dem Kerbholz. Sie wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Dr. Bruftmann bei den Mittelstrecklern in Frankfurt.

Sportarzt Dr. Bruftmann hat seine wertvolle Kraft und den reichen Schatz seiner Erfahrungen der DSB. zur Verfügung gestellt und nimmt als ärztlicher Berater an dem gegenwärtig in Frankfurt laufenden Kurs der Mittelstrecker teil. Da Herr Dr. Bruftmann voraussichtlich als Begleitarzt mit unserer Olympia-Mannschaft nach Amsterdam geht, so gewinnt seine Teilnahme an diesem Kurs besondere Bedeutung.

Verbilligte Straßenbahn zum Sportplatz.

Frankfurt hat wieder einmal einen aktiven Vorstoß in der praktischen Arbeit für den Sport gemacht. Zu den letzten großen Fußballwettspielen, die im Frankfurter Stadion ausgetragen wurden, gewährte die Frankfurter Straßenbahngesellschaft jedem Fahrgast, der im Besitze einer Eintrittskarte war, einen ermäßigten Fahrpreis für die Zeit von 12 Uhr mittags bis 7 Uhr abends, sicher nicht zu ihrem Schaden, aber bestimmt zum Nutzen des Sportes.

Pferdesport

Unsere Voraussagen.

Saint-Cloud, 19. März.

1. Nyse—Loup Berger; 2. Pad Virgin—Agba; 3. Fergus—Cap Gris Nez; 4. Zaca—The Amazone; 5. Laomedon—Siradan; 6. Allahabad—Stall Homberg.

Renn-Ergebnisse.

Maisons-Laffitte, 18. März.

1. R.: 1. Saadi, 2. Sahib, 3. Papetto. Sieg: 62:10. Platz: 14,14:10. — 2. R.: 1. Meritie, 2. Nevada, 3. Gaillon. Sieg: 32:10, Pl.: 13, 15, 14:10. — 3. R.: 1. In Paris, 2. Kassim, 3. Certitude. Sieg 49:10. Pl.: 20, 50, 143:10. — 4. R.: 1. Le Grand Frisson, 2. Roi d'Poetot, 3. Cheramy. Sieg: 32:10. Pl.: 18, 45:10. — 5. R.: 1. Borbichon, 2. Reparsac, 3. Eminence. Sieg: 172:10. Pl.: 40, 35,27:10. — 6. R.: 1. Turkestan, 2. Walkyre II, 3. Flogny. Sieg: 25:10. Pl.: 15, 18, 21:10.

Handelsnachrichten

Sonderbare Wirtschaftspolitik

Bekanntlich befindet sich die Harzer Bevölkerung und Wirtschaft schon seit längerer Zeit in großer Notlage. Zu ihrer Behebung hat man u. a. auch an eine bessere Ausnutzung der Wasserkräfte gedacht, von denen Sachverständige sagen, daß sie die bestausnutzbaren Wasserkräfte Preußens darstellten. Aus der Zahl der verschiedenen Projekte stehen nur noch zwei Pläne zur Diskussion; der eine ist das Projekt Oberharzwerke und der andere der Wesstsperrenplan. In ihren Endergebnissen stellen sich die beiden Vorschläge wie folgt:

	Leistungen: PS.	KW.-Std. im Jahr	Kosten: im Gangen der Anlage	KW.-Std. je PS./Jahr
Oberharzwerk	20 200	120 Mill.	26 Mill. M.	1900 M. 2,2 Pfg.
Westsperren	8 400	50 Mill.	55 Mill. M.	6500 M. 11,0 Pfg.

Es ergibt sich also, daß das Oberharzwerk die 2½fache Leistung PS. mit dem halben Kapital erzielen kann und daß die Anlagekosten je PS. und Jahr sowie die Selbstkosten je KW.-Std. beim Oberharzwerk nur den fünften Teil des von den Westsperren benötigten Betrages ausmachen. Nun betragen die Kosten der Dampfkilowattstunde in der Harzgegend zurzeit ungefähr 5 Pfg. Um die von den Westsperren erzeugte Kraft mit der Dampfkraft konkurrenzfähig zu machen, wäre also ein zinsloser Zuschuß von etwa der Hälfte des Anlagekapitals erforderlich, der tatsächlich auch in Höhe von 27 Mill. M. von der Staatsregierung erwartet wird. Dagegen kann das Oberharzwerk aus dem Unterschied der Elektrizitätsgewinnungskosten gegenüber der Dampfkraft neue Werte schaffen. Die Dampf- und damit die Selbstkosten können durch das Oberharzwerk so verbilligt werden, daß der Harzer Bergbau, der sonst vom Erliegen bedroht ist, erneute Konkurrenzfähigkeit bekäme, und daß unter Umständen sogar auch bereits stillgelegte Betriebsstätten wieder eröffnet werden könnten. Darüber hinaus wäre auch noch die Belebung anderer Industrien möglich. Die Harzer Industrie braucht nämlich für sich allein von den im Oberharzwerk entfallenen 120 Mill. KW.-Std. jährlich nur 30 Mill. KW.-Std., während 90 Mill. KW.-Std. für das hannoversche, braunschweigische und sächsische Vorland des Harzes zur Verfügung gestellt werden könnten. Das bedeutet u. a., daß die in der Umgegend des Harzes liegenden Kalibergwerke in Zukunft mit elektrischer Kraft viel billiger arbeiten könnten. Weiter könnten die am Nordrand des Harzes liegenden großen Eisenerzvorkommen, deren Nutzbarmachung in erster Linie von der Beschaffung billiger Kraft für Bergwerksbetrieb und Aufbereitung abhängig ist, in Ausbeute genommen werden. Ferner könnte die Stromversorgung der Städte und Ortschaften in weitem Maße durch Wasserkraft bewältigt bzw. verbilligt werden. Der Eisenbahnverkehr, dessen Verbesserung für den Harz eine Lebensfrage ist, könnte durch Elektrifizierung wesentlich verbilligt und gefördert werden. (Zu allen diesen Dingen liegt der grundsätzliche und eminente Vorteil des Oberharzprojektes gegenüber dem Westsperrenplan, der trotz doppelt so hoher Anlage- und fünfmal höherer Stromerzeugungskosten diese Vorzüge auch nicht annähernd aufzuweisen hat, wobei wesentlich ist, daß das Oberharzprojekt jeden Vergleich auch in Bezug auf die landeskulturellen Erfordernisse zum mindesten aushalten kann. Auch die Rentabilität des Oberharzprojektes scheint durchaus gegeben; es würde genügen, wenn die Staat den Beitrag von 1,5 Mill. M., den er jetzt für Dampfkraft ausgibt, ohne mehr als den dritten Teil der Kraftleistung des Oberharzwerkes zu erhalten, als Zinsgarantie gibt, damit ein Anlage-Kapital von 33 Mill. Mark gesichert ist.

Angesichts dieses Sachverhaltes muß es mehr als sonderbar empfunden werden, daß die preußischen Zentralinstanzen mit allem Nachdruck auf möglichst baldige Durchführung des Westsperrenplanes drängen, obwohl eine genaue sachmäßige Durchprüfung des Oberharzprojektes bisher überhaupt noch nicht stattgefunden hat, und obwohl sie nicht einmal mit dem Verfasser des Projektes in eine persönliche Prüfung seiner Vorschläge eingetreten sind. Es muß unter allen Umständen verlangt werden, daß vor Inangriffnahme der Bauten eine objektive und unvoreingenommene Prüfung der beiden Pläne vorgenommen wird, und daß jede Bevorzugung eines der beiden Projekte unterbleibt, ehe nicht die technischen und wirtschaftlichen Grundlagen genau geprüft worden sind.

Steigende Einfuhr von Südfrüchten

Die Einfuhr von Südfrüchten hat sich in den letzten Jahren im Vergleich zu vor dem Kriege wie folgt entwickelt:

	1911/13 dz	1925 dz	1926 dz
Bananen	369 570	406 214	686 350
Apfelsinen, Mandarinen .	1 392 150	2 087 125	1 901 561
Zitronen	371 960	514 043	542 135
Feigen	88 050	95 025	98 724
Rosinen	186 970	251 302	269 011
Ananas	28 060	33 484	42 858
Nüsse (Kokos-)	80 610	129 385	161 775
Nüsse	196 480	227 774	223 940
Diverses	392 280	253 291	238 073
	3 106 150	3 997 643	4 166 455

Das ergibt auf den Kopf der Bevölkerung in Kilogramm im Jahre 1911/13 = 4,6 Kilogramm, im Jahre 1925 = 6,4 Kilogr., im Jahre 1926 = 6,5 Kg. Der Wert der Einfuhr von Südfrüchten betrug im Durchschnitt der Jahre 1911/13 = 109 Mill. Mark, 1925 = 172 Mill. M., 1926 = 203 Mill. M., d. h. auf den Kopf der Bevölkerung vor dem Kriege 1,63 M., 1925 = 2,75 M., 1926 = 3,22 M. Die Ausgaben jedes Deutschen für Südfrüchte haben sich mithin im Durchschnitt um 98 % gegenüber vor dem Kriege vergrößert, der deutsche Obstbau und die deutsche Konservenindustrie leiden jedoch an Absatznot und befinden sich in schwieriger wirtschaftlicher Bedrängnis. Ist das vernunftvolle Wirtschaftspolitik?

Oldenburgische Landesbank, Oldenburg. Das Institut, das im November 1926 angesichts des zunehmenden Geschäftsumfanges sein Kapital von 1,6 Mill. Rm. auf 3,2 Mill. Rm. verdoppelt hat, konnte im Berichtsjahr 1926 die Einnahmen aus Zinsen, Wechseln, Effekten, Sorten und Coupons von 563 200 Rm. auf 664 029 Rm. und die aus Provisionen von 836 227 Rm. auf 852 297 Rm. steigern. Auf der anderen Seite erhöhten sich die Unkosten von 1 040 110 Rm. auf 1 091 999 Rm. und die Steuern von 95 863 Rm. auf 139 601 Rm., so daß nach 41 896 Rm. (84 336 Rm.) Abschreibungen und nach Berücksichtigung von 9406 Rm. Gewinnvortrag ein Reingewinn von 252 786 Rm. verbleibt (237 406). Wie gemeldet, beantragt die Verwaltung die Dividendenausschüttung von 8 Prozent auf 9 Prozent zu erhöhen. In der Bilanz stehen Kasse und fremde Geldsorten mit 455 782 Rm. (347 472 Rm.) zu Buche. Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken haben sich von 219 586 Rm. auf 148 588 Rm. und Postgutaben bei Banken und Bankfirmen von 4 539 447 Rm. auf 2 408 333 Rm. verringert. Dagegen sind Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen von 3 505 679 Rm. auf 5 235 525 Rm., eigene Wertpapiere von 54 530 Rm. auf 498 761 Rm. und Debitoren in laufender Rechnung von 10 681 480 Rm. auf 15 718 485 Rm. angewachsen. Auf der Passivseite figurieren das erhöhte A.-K. mit 3,2 Mill. Rm. (1,6 Mill. Rm.), die Reserven mit 860 000 Rm. (500 000 Rm.) und Kreditoren mit insgesamt 21 136 602 Rm. (17 723 866 Rm.).

Deutsche Dampffischereigesellschaft „Nordsee", Bremen. Die Gesellschaft kann in ihrer Gewinn- und Verlustrechnung einem gegenüber dem Vorjahre erheblich erhöhten Reingewinn von 567 875 R.-M. (26 601 R.-M.) ausweisen, aus dem eine Dividende von 6 Proz. (6 Proz.) zur Verteilung kommen soll. 87 875 R.-M. werden vorgetragen. Die starke Erhöhung des Reingewinns ist weniger auf die Erhöhung des Rohertrages, der von 1 550 827 R.-M. auf 1 672 496 R.-M. stieg, zurückzuführen, als auf eine bedeutende Verminderung der Unkosten von 1 167 062 R.-M. auf 771 475 R.-M. In der Bilanz sind auf den Anlagekonten Zugänge von 373 461 R.-M. zu verzeichnen. Die Forderungen sind von 711 883 R.-M. auf 373 921 R.-M. erheblich zurückgegangen, während die Waren- und Materialbestände von 587 034 R.-M. auf 654 214 R.-M. angewachsen sind. Auf der Passivseite sind die Gläubiger ungefähr im gleichen Verhältnis, wie die Forderungen auf der Aktivseite, nämlich um mehr als die Hälfte von 1 375 520 R.-M. auf 621 754 R.-M. zurückgegangen. Der bisher befriedigende Verlauf des neuen Geschäftsjahres entspricht den Erwartungen der Gesellschaft.

Webstoffe

Uneinheitliche Preisbildung am deutschen Baumwollmarenmarkt. Auf der in Stuttgart abgehaltenen Industrie- und Handelsbörse war, laut Drahtbericht des „Konfektionär", uneinheitliche Preisbildung vorherrschend. Während Baumwollgarne um 1—2 Dollarcents pro Kilo zurückgingen, erhöhten sich die Preise für Baumwollgewebe um ½ Dollarcents pro Meter. Im einzelnen notierten: Baumwollgarne: (beste süddeutsche Qualitäten) Nr. 20 engl. Trossel 61—63 (62—64) Dollarcents = 2,56—2,63 M. (2,60—2,69 M.) per Kilogramm, Nr. 30 engl. Trossel 74—77 (76—78) Dollarcents = 3,11—3,19 M. (3,19—3,28) per Kilogramm, Nr. 40 engl. Trossel 76—78 (78—80) Dollarcents = 3,19—3,28 M. (3,28—3,36 M.) per Kilogramm, Nr. 42 engl. Vincops 79—81 (81—83) Dollarcents = 3,32 bis 3,40 (3,40—3,49 M.) per Kilogramm. Baumwollgewebe: (beste süddeutsche Qualitäten) 88 Rm. Grenzmes 16/16 aus 30/30er pro Meter 12¾—12¾ (12—12½) Dollarcents = 51,4—53,5 Pfg. (50,4—52,5 Pfg.), 88 Rm. Renforce 18/18 aus 30/30er pro Meter 11¾ — 11¾ (11—11½) Dollarcents = 47,2—49,2 Pfg. (46,2—48,3 Pfg.), 92 Rm. glatte Kattune 19/18 aus 36/42er pro Meter 10½—10⅝ Dollarcents (10—10½ Dollarcents) = 43—43,7 Pfg. (42—44 Pfg.). Die in Klammern befindlichen Zahlen sind die Notierungen der letzten Börse. Die nächste Börse findet am 6. April in Gemeinschaft statt.

Druck und Verlag von Otto Thiele.
Leiter der Redaktion: Adolf Lindemann.
Verantwortlich für Politik: Adolf Lindemann; für Lokales: Kunst und Unterhaltung: Dr. Erich Gellheim; für Volkswirtschaft und Sport: Dr. Hans Hemningsen; für Mitteldeutschland und den allgemeinen Teil: Dr. Hans Ulrich Kersten; für den Anzeigenteil: Paul Kersten. Sprechstunde in Halle — Sprechstunden der Schriftleitung: Hauptschriftleitung 12—1 Uhr, übrige Schriftleitung 11—12 Uhr. — Berliner Schriftleitung: Berlin SW 61, Blücherstraße 12. Leitung: Alfred G. Lamer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192703192-10/fragment/page=0004